

Unsere Militärausgaben sind viel zu hoch

Autor(en): **Perret, Henri**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **25 (1946)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335393>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Nachkriegspolitik auf weite Sicht hätte besonders schwerwiegende Folgen. Es wäre nicht einzusehen, warum nicht jede andere Gruppe der Bevölkerung für sich das gleiche fordern könnte. Der im Gang befindliche Versuch, die überlebten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung durch zeitgemäßere zu ersetzen, würde noch mehr erschwert.

Aus diesen Erwägungen heraus tritt die sozialdemokratische Fraktion für Rückweisung des vorliegenden Bundesbeschlusses über die Ordnung der schweizerischen Zuckerwirtschaft an den Bundesrat ein.»

Der Rückweisungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion ist vom Nationalrat am 3. April 1946 mit 91 gegen 37 Stimmen abgelehnt worden. Die «Ordnung der Zuckerwirtschaft» wird nun im Juni noch den Ständerat beschäftigen und soll hierauf dem Referendum unterstellt werden.

HENRI PERRET

Unsere Militärausgaben sind viel zu hoch

Man erinnert sich daran, daß die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates im Dezember 1945 das vom Bundesrat für das Jahr 1946 vorgelegte Militärbudget, welches sich auf mehr als 800 Millionen Franken bezifferte, nicht gutheißen wollte. Unsere Fraktion verlangte vielmehr die Einsetzung einer Expertenkommission, die beauftragt werden sollte, das Militärbudget nochmals zu prüfen und alle Einsparungen vorzunehmen, welche ohne Gefährdung der Landessicherheit sich verantworten ließen.

Die bürgerlichen Fraktionen reichten darauf einen ähnlichen Vorschlag ein. Gegen die hohen Militärausgaben wurde von zahlreichen Rednern Einspruch erhoben, und in der Abstimmung kam der einmütige Wunsch nach Herabsetzung der einschlägigen Posten des Budgets zum Ausdruck.

Die Expertenkommission machte sich unverzüglich an die Arbeit. Sie gliederte sich in vier Unterausschüsse, deren jeder einen besonderen Aufgabenkreis zugewiesen erhielt:

1. Organisation der Militär- und Heeresverwaltung.
2. Ausbildungswesen in der Armee.
3. Anschaffung und Unterhalt des Materials, Kontrolle der für das Militär produzierenden Fabriken und Werkstätten.
4. Bauten, Befestigungen, Anlagen und deren Unterhalt.

Nach vielen arbeitsreichen Sitzungen vereinigten sich die Unterausschüsse. Sie beantragten eine Reduktion der Militärausgaben um 78,9 Millionen Fran-

ken. In dieser Summe waren 20 Millionen, die man schon 1945 verausgabt hatte, so daß sie in der Rechnung pro 1945 zu figurieren haben, inbegriffen.

Es wäre sinnlos, nicht eingestehen zu wollen, daß die Bevölkerung unseres Landes von diesem Ergebnis allgemein enttäuscht war: sie hatte weit größere Herabsetzungen der Militärausgaben erwartet. Wenn man objektiv sein will, muß man freilich auf die Tatsache hinweisen, daß das Militärbudget einen Betrag von mehr als 200 Millionen in sich schließt, welche für die Verzinsung der Mobilisationsschuld bestimmt sind und folglich nicht reduziert werden können. Ferner ist zuzugeben, daß wir in einer Übergangsperiode der «Kriegsliquidation» uns befinden; daß zahlreiche, letztes Jahr vergebene Bestellungen laufen oder gar schon geliefert worden sind und folglich nicht mehr gestrichen werden können. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, daß es absolut unmöglich sei, in den Einsparungen noch weiter zu gehen. Beispielsweise werden in den Offiziersschulen der schweren Artillerie wegen der teuren Munition pro Mann und Tag 480 Franken ausgegeben; man könnte, ohne unsere Zukunft zu gefährden, etwas weniger Geschosse verbrauchen oder dem Beispiel gewisser Armeen des Auslandes folgen, die, zwecks Reduktion solcher Übungskosten, billigere Kanonen in Miniaturformat haben herstellen lassen, welche immer noch eine gute Ausbildung der Truppe gestatten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser Militärbudget, auch nach Abzug der vorgeschlagenen Einsparungen, eine viel zu schwere Belastung darstellen wird. In Friedenszeiten wäre die Schweiz doch gewiß nicht in der Lage, jährlich 750 Millionen Franken für ihre Bewaffnung auszugeben*. Ein Betrag von 750 Millionen stellt eine durchschnittliche Belastung von 750 Franken pro Familie dar. Derart erdrückende Militärausgaben würden uns an der Lösung unserer sozialen Ausgaben hindern und die ökonomische Entwicklung des Landes schädigen. Was würde man von einem Privatmanne sagen, der, bei einem Jahreseinkommen von 10 000 Franken, deren 8000 ausgeben wollte, um durch Errichtung hoher Mauern rings um sein Haus sich gegen Einbrecher zu sichern? Man würde ihn für wahnsinnig halten – und für ein Volk gilt nichts anderes.

Zugegeben, die Militärfachleute rechtfertigen alle vorgeschlagenen Ausgaben durch die Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung. Doch könnte jeder Laie noch höhere Posten begründen und ein Militärbudget von zwei bis drei Milliarden vorlegen, beispielsweise die Anschaffung von Hunderten von Flugzeugen, die Vermehrung der schweren Artillerie, die Konstruktion neuer Befestigungen verlangen... Doch ist unser Nationaleinkommen be-

* In dieser Summe ist ein Nachtragskredit von 10 Millionen inbegriffen, den der Bundesrat als absolut notwendig erklärt.

grenzt, und es wäre deshalb ein Wahnsinn, uns durch Rüstungen zu ruinieren, die Zukunft des Landes zu untergraben zugunsten einer angeblichen Sicherheit, die man in Wirklichkeit durch schwere Schädigung der Volkswirtschaft nur herabsetzen würde.

In andern Verwaltungszweigen, wo hohe Ausgaben durch hundert Gründe gut zu rechtfertigen gewesen wären, hat das Finanzdepartement allen Dienstzweigen massive und systematische Einsparungen auferlegt, die in gewissen Fällen 20 Prozent der Budgetsummen erreichen. Unsere Nationalbibliothek, unsere Naturforschende Gesellschaft, unsere Berufsschulen, von denen die Zukunft eines großen Teiles unserer Jugend abhängt, haben nicht immer genügende Kredite bekommen. Die strengen Grundsätze der Sparsamkeit, welche allen diesen Institutionen auferlegt worden sind, müssen in Friedenszeiten auch hinsichtlich der Militärausgaben angewendet werden. Auch die Militärausgaben dürfen die Grenzen dessen, was für uns tragbar ist, nicht überschreiten.

Tatsächlich aber sind sie viel zu hoch, viel zu drückend, und wenn es auch schwer ist, schon in diesem Übergangsjahr zwischen Krieg und Frieden größere Einsparungen zu erzielen als die Expertenkommission sie vorschlug, so wird es doch in den folgenden Jahren notwendig sein, die Militärausgaben auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Wir dürfen nicht die Gegenwart und die Zukunft der Nation ausschließlich auf die militärische Karte setzen. Den wesentlichen Teil unseres Nationaleinkommens und unserer Kräfte haben wir für die Förderung der Prosperität und der Volkswohlfahrt einzusetzen.

Ins Gewicht fällt gegenwärtig nicht zuletzt auch der Umstand, daß man in den Kreisen der Militärfachleute selbst keineswegs mit Bestimmtheit zu sagen weiß, welche Organisation und Ausrüstung die Armee der Zukunft wird haben müssen, welche Konsequenzen sich aus der Erfindung der Atombombe ergeben werden und welche Waffen (Gewehre, Maschinengewehre, Kanonen oder Flugzeuge) sich schon in absehbarer Zeit als unbrauchbar, als technisch überholt erweisen können. Mit Recht hebt der Bundesrat in seinem Bericht an die eidgenössischen Räte hervor, daß die Entwicklung gerade auf dem Gebiete des Flugwesens raschere Fortschritte macht als in irgendeiner andern Domäne der Technik. Das bedeutet, daß die im Jahre 1946 angeschafften Apparate schon in zwei bis drei Jahren vollkommen veraltet sein werden.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß es vorteilhaft wäre, einen Teil der militärischen Produktionsaufträge für später zu reservieren, um sie in Zeiten drohender Arbeitslosigkeit zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes auszunützen. Heute sind die zivilen Produktionsaufträge ausreichend groß,

ja sie überschreiten sogar ziemlich oft die Kapazität der Fabriken und Werkstätten. Diese Periode hohen Beschäftigungsgrades wird nicht ewig dauern.

Es gibt also mannigfaltige und schwerwiegende Gründe, die für eine Verschiebung der militärischen Bestellungen sprechen. Abgesehen von der Reduktion des Budgets würden sich dabei noch drei weitere Vorteile ergeben: die Qualität der Rohstoffe wäre besser, die Preise wären tiefer und die Typen der herzustellenden Waffen und Maschinen moderner.

Schließlich wäre es ohne Zweifel vernünftiger, die Leistungsfähigkeit des Bauhandwerkes heute für die Herstellung von Wohnungen auszunützen, statt die Zahl unserer Arsenale zu vermehren, da doch die Entwicklung unserer Städte durch die Wohnungsnot schwer gehemmt wird.

Die Arbeiten der Expertenkommission sind lediglich als ein Anfang zu betrachten. Das Büro des Nationalrates hat den Antrag gestellt, eine ständige parlamentarische Militärkommission einzusetzen, die alle Militärfragen unter Berücksichtigung unseres gesamten ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens zu beurteilen hätte. Die Einsetzung einer solchen ständigen Kommission ist unbedingt notwendig, und unsere Fraktion wird deshalb den vom Büro eingereichten Antrag energisch unterstützen. (Dieser Antrag ist inzwischen vom Nationalrat zum Beschluß erhoben worden. — V. G.)

Trotz den Schwierigkeiten und Spannungen, die sich auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen gegenwärtig bemerkbar machen, dürfen wir hoffen, daß es den Vereinten Nationen, denen früher oder später auch die Schweiz sich wird anschließen müssen, gelingen wird, einen allgemeinen Friedenszustand zu organisieren und zu gewährleisten, damit die Zivilisation nicht bloß ein leeres Wort sei, damit die Staaten endlich ihre Produktivkräfte in den Dienst der Wohlfahrtsförderung stellen können, statt immer schrecklichere Massenabschlachtungen ganzer Völker vorzubereiten.

Im Kampf um die Sicherung des Friedens soll auch die Schweiz ihre Rolle spielen, zumal doch die kleinen Länder in noch stärkerem Maße als die Großmächte daran interessiert sind, daß über internationale Konflikte nicht mit Gewalt, sondern auf dem Wege der Gerichtsbarkeit entschieden wird, und zwar durch Instanzen, vor denen die Schwachen nicht den Starken auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.